

26/AE

der Abg. Aumayr, Koller, Ing. Reichhold, Dr. Salzl, Wenitsch  
betreffend land- und forstwirtschaftliche Standortsicherung

Nach dem EU-Beitritt Österreichs registrierten sowohl Wirtschaftsforscher als auch einzelne Mitglieder der Bundesregierung eine massive Abwanderung von Firmen und Arbeitsplätzen in die östlichen Nachbarländer. Dieser Entwicklung soll nun mit massiven Anstrengungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Österreich gegengesteuert werden.

Das Verschwinden von Arbeitsplätzen auf Österreichs Bauernhöfen wird dagegen von Ökonomen und Regierungsmitgliedern offenbar als natürlicher Prozeß betrachtet, obwohl FPÖ-Mandatare bereits seit 10 Jahren vor dieser unheilvollen Entwicklung warnen, die durch den EU-Beitritt noch zusätzlich beschleunigt wird.

Die Zahl der Berufstätigen in der Land- und Forstwirtschaft verringerte sich von 265.500 im Jahre 1985 auf 182.200 im Jahre 1994; diese Zahlen enthalten das jeweils arbeitslos gemeldete Guts- und Forstpersonal im gesamten Bundesgebiet.

Tatsächliche Arbeit leisten in der Land- und Forstwirtschaft allerdings wesentlich mehr Menschen: der Mikrozensus weist 293.700 Personen im Jahr 1985 aus, 1994 nur mehr 245.400 Menschen. Darin sind die mithelfenden Familienangehörigen enthalten, nicht aber die mithelfenden Schüler/innen und hauptberuflich außerhalb tätigen Familienmitglieder.

Sowohl die Basisversorgung der österreichischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln als auch die landschaftserhaltenden Maßnahmen werden also in steigendem Maße von Menschen getätigt, die dafür keine Gegenleistung erhalten, sondern auf Wunsch der ehemaligen EU-Staatssekretärin und nunmehrigen SPÖ-Generalsekretärin sogar aus der Mitversicherung im Sozialsystem ausgeschlossen werden sollen.

Diese absichtliche Preisgabe einer ganzen Bevölkerungsgruppe, die seit mehr als 1000 Jahren für die Kultivierung und Besiedlung des Alpenraumes verantwortlich tätig war, verursacht unanschätzbare soziale, ökologische und volkswirtschaftliche Nachteile.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten den nachstehenden .

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird dringend aufgefordert, im Rahmen des von ihr geplanten Programms zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich alle Anstrengungen zu unternehmen, um allen in Österreichs Land- und Forstwirtschaft arbeitenden Menschen gerechte Entlohnung und soziale Sicherheit zu garantieren sowie Österreichs Bauernhöfe als Betriebsstandorte und Arbeitsplätze im Dienste der Lebensmittelversorgung, der Landeskultur und der Ökologie zu erhalten."

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zuzuweisen.